

## Wahlkampf in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise

Das Jahr 2011 hätte für Präsident Nicolas Sarkozy ein glanzvolles Jahr werden sollen - und eine perfekte Vorbereitung für den Wahlkampf im Frühjahr 2012. Das ganze Jahr sollte im Zeichen der französischen G20-Präsidentschaft stehen. Präsident Sarkozy hatte sich viel vorgenommen: unter anderem die Bekämpfung der Spekulation und der Preisfluktuationen auf den Rohstoffmärkten, insbesondere bei den Agrarrohstoffen, sowie die Reform des internationalen Währungssystems. Ein erfolgreicher Abschluß der französischen G20-Präsidentschaft wäre ein idealer Auftakt für die im Frühjahr 2012 (22. April und 6. Mai) anstehenden Präsidentenwahlen gewesen. Im Anschluß daran werden auch die Wahlen zur Assemblée Nationale stattfinden.

Doch das Jahr 2011 war und ist geprägt von der Wirtschafts- und Finanzkrise, insbesondere der Euro-Krise. Das allseits gelobte rasche und schließlich erfolgreiche Eingreifen Frankreichs (und Großbritanniens) in Libyen ist fast schon in den Hintergrund gerückt. Sein Engagement im Libyen-Konflikt hat das Ansehen von Präsident Sarkozy auf dem Felde der Außen- und Sicherheitspolitik zweifellos gestärkt. Ähnlich wie das entschlossene Eingreifen Frankreichs im Zusammenhang mit verschiedenen Geiselnahmen in Afrika und Asien. Doch die innenpolitische Debatte wird praktisch nur von einem Problemfeld beherrscht: Wirtschafts- und Finanzkrise, Reduzierung des Haushaltsdefizits, Stärkung der

Wettbewerbsfähigkeit und Überwindung der Euro-Krise.

### Neue Balance Frankreich - Deutschland

Präsident Sarkozy hatte noch Ende 2008, auf dem Höhepunkt der internationalen Finanzkrise, seine Verärgerung über die Bundesregierung unverblümt geäußert: „La France agit, l'Allemagne réfléchit“. Wie bei den französischen Präsidenten vor ihm, schienen die Rollen im deutsch-französischen Verhältnis klar verteilt: Frankreich gab die politische Richtung vor, Deutschland verlieh dem Tandem das wirtschaftliche Gewicht.

Seitdem hat sich Grundlegendes geändert. Frankreich fürchtet, in Europa in wirtschaftlicher Hinsicht in die zweite Liga abzugleiten. Das Land hat in den letzten Jahrzehnten über seine Verhältnisse gelebt. Die internationale Finanzkrise machte das nun offenkundig. Der letzte ausgeglichene Staatshaushalt stammt aus dem Jahre 1974. Seitdem hat sich eine Verschuldung angehäuft, die bei rund 85% des BSP liegt. Mit zunehmender Tendenz. Das Budgetdefizit lag im Jahr 2010 bei 7,1%, im Jahr 2011 soll es auf unter 6% sinken, um dann Mitte des Jahrzehnts wieder die 3%-Schwelle zu erreichen. Die Staatsquote (Steuern und Abgaben) am BSP liegt schon seit Jahren weit über 50% (57% im Jahr 2010) und ist eine der höchsten im Euroraum. Steuererhöhungen mit dem Ziel der Reduzierung des Defizits sind daher praktisch ausgeschlossen. Es bleiben also

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NORBERT WAGNER

November 2011

[www.kas.de/frankreich](http://www.kas.de/frankreich)

lediglich Ausgabenreduzierungen, soll das Defizit wirklich abgebaut werden.

Mit seiner Rentenreform hat Präsident Sarkozy einen ersten, wichtigen und mutigen Schritt in diese Richtung unternommen. Das Renteneintrittsalter wurde nach langen und heftigen Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften von 60 auf 62 Jahre erhöht. Nach den wochenlangen Protesten im Herbst 1995 gegen einen ähnlichen Reformversuch, welche fast die Regierung Juppé zu Fall gebracht hätten, hatte Präsident Sarkozy Stehvermögen bewiesen. Diese Reform soll schrittweise bis zum Jahr 2018 umgesetzt werden. Angesichts der weiteren Verschlechterung der Haushaltssituation hat Premierminister Fillon Anfang November 2011 angekündigt, die Umsetzung der Reform werde um ein Jahr vorgezogen. Weitere zusätzliche Maßnahmen zur Senkung der Ausgaben sind vorgesehen. So soll für Beamte demnächst ein(unbezahlter) Karenztag im Falle einer Erkrankung eingeführt werden. (Im Privatsektor gelten bereits drei Karenztage.) Solche punktuellen Einsparungen werden indes das generelle Budgetproblem nicht lösen. Drastischere Ausgabenkürzungen wären eigentlich dringend geboten. Jedoch kann man wenige Monate vor den anstehenden Präsidentenwahlen kaum mit einem rigorosen Sparprogramm rechnen. So meinte denn auch Wirtschafts- und Finanzminister François Baroin am 15. November 2011: „le gouvernement ne travaille pas sur un troisième plan de rigueur“.

#### **Wirtschaft verliert an Wettbewerbsfähigkeit**

Die französische Wirtschaft hat in den letzten Jahren rapide an Wettbewerbsfähigkeit verloren, insbesondere im Vergleich zu Deutschland. Das Jahr 2011 hatte mit 0,9% Wachstum im

ersten Quartal noch recht positiv begonnen. Im zweiten Quartal setzte dann aber Stagnation ein. Im dritten Quartal ergab sich wieder ein geringes Plus (+0,4%). Und für das vierte Quartal rechnet INSEE (Statistisches Amt) wieder mit 0,0% Wachstum. Für 2011 insgesamt wurde die Prognose auf 1,7% Wachstum gesenkt. Für 2012 rechnet die Regierung mit 1% Wachstum (die EU-Kommission hält das für zu optimistisch). Entsprechend gering ist die Zunahme der Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit wird Ende des Jahres 2011 bei 9,2% liegen. Besonders besorgniserregend ist das hohe Niveau der Jugendarbeitslosigkeit (ca. 25%). Unter Jugendlichen aus Einwandererfamilien liegt die Quote sogar bei 35% (40% junge Männer, 30% junge Frauen).

Zwar ist Frankreich ein insgesamt erfolgreiches Exportland. Seine Einfuhren übersteigen gleichwohl die Exporte erheblich (um ca. 70 Mrd. Euro, 2010). Deutschland weist dagegen traditionell einen beträchtlichen Ausfuhrüberschuß auf (153 Mrd. Euro, 2010), der im Jahr 2011 sogar noch höher liegen dürfte. Auf diese Diskrepanz verweisen französische Politiker ganz besonders häufig, wenn sie die Unterschiede der Wettbewerbsfähigkeit der beiden Länder betonen.

Diese mangelnde Wettbewerbsfähigkeit hat zahlreiche Ursachen. Eine der wichtigsten ist sicher die staatlich verordnete Einführung der 35-Stundenwoche durch die Regierung Jospin (im Jahr 2000). Steuerbelastung und Bürokratie hemmen die Wachstumskräfte. Außerdem ist die mittelständische Industrie, welche in Deutschland die wichtigste Quelle von Wachstum und Beschäftigung ist, in Frankreich weniger bedeutend. Schließlich fehlt es an einem beruflichen Bildungswesen ähnlich dem dualen System in Deutschland.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NORBERT WAGNER

November 2011

[www.kas.de/frankreich](http://www.kas.de/frankreich)

## Fixierung auf Deutschland als Vorbild

Angesichts der wirtschaftlich positiven Entwicklung in Deutschland (insbesondere seit dem Abschwung 2009) wurde Deutschland von französischen Politikern (vor allem aus den Reihen der UMP) zum Vorbild erklärt. Auch die französischen Medien ziehen bei nahezu jeder sich bietenden Gelegenheit die Parallele zu Deutschland und vergleichen die Situation „outre Rhin“ mit jener in Frankreich. Man möchte sich inspirieren lassen von der Haushaltsdisziplin in Deutschland, von der Schuldenbremse, von den deutlich niedrigeren Steuern, Präsident Sarkozy schwebt gar eine Harmonisierung des deutschen und französischen Steuersystems vor. Gerne würde man den Erfolg der mittelständischen Industrie in Deutschland kopieren, ähnlich wie das Berufsbildungswesen und die Kooperation der Tarifparteien. „La rigueur allemande“ et „le Mittelstand allemand“ sind im Laufe dieser Diskussion in der französischen Öffentlichkeit schon zu gängigen Begriffen der innenpolitischen Diskussion geworden.

Auffallend ist ferner, daß seit einiger Zeit von offizieller Seite kaum ein kritisches Wort mehr über deutsche Politik insbesondere im Rahmen der Euro-Krise zu vernehmen ist. Frankreich möchte auf keinen Fall den Eindruck erwecken, daß auch nur der geringste Dissens zwischen der Position Frankreichs und jener Deutschlands erkennbar ist. Dies hat auch sehr viel damit zu tun, daß Frankreich alle Anstrengungen unternimmt, seinen AAA-Status bei den internationalen Ratingagenturen zu erhalten. Ein Dissens zwischen Deutschland und Frankreich, so die Befürchtung, wäre da schädlich. Das heißt allerdings nicht, daß Präsident Sarkozy und die französische Regierung nun ohne Vorbehalt auf die deutsche Position eingeschwenkt wären. Der kontinuierlich (und auch in den letzten Tagen) wiederholte

Vorschlag, der EZB eine größere Rolle bei der Bekämpfung der Schuldenkrise („lender of last resort“) zu geben zeigt, daß die ordnungspolitischen Überzeugungen in Frankreich und Deutschland noch weit auseinanderliegen. Auch in der Bevölkerung macht sich die Überzeugung breit, die Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa werde von Deutschland dominiert.

Wie sehr die Sorge eines offenen Dissenses die französische Politik und Öffentlichkeit umtreibt, war erkennbar, als Standard & Poor's am 10. November 2011 versehentlich verkündete, Frankreich werde ein „A“ verlieren. Auch nachdem der Fehler wieder korrigiert worden war, blieb die Aufregung groß.

Ein anderer Indikator, die zunehmende wirtschaftliche Kluft zwischen Deutschland und Frankreich zu beschreiben, wird in jüngster Zeit immer häufiger herangezogen: die Zinssätze für (zehnjährige) Staatsanleihen, welche Frankreich und Deutschland begeben. Am Donnerstag, 10. November 2011, erreichte die Differenz zwischen beiden Zinssätzen den Wert von 168 Basispunkten (s. Graphik). Am darauffolgenden Donnerstag, 17. November 2011, vergrößerte sich der Spread gar auf 200 Basispunkte. Frankreich muß folglich mehr als doppelt so viel für seine Staatsanleihen zahlen wie Deutschland.



Zwar liegen die Zinssätze für französische Staatsanleihen noch weit entfernt von jenen Italiens und Spaniens. Doch ist dieser Spread ein eindeutiger Indikator dafür, daß Frankreich noch stärkere Spar- und Reformanstrengungen unternehmen muß, will es nicht noch mehr ins Visier der internationalen Finanzmärkte geraten.

Offen ist allerdings, welche weiteren Maßnahmen Präsident Sarkozy und Premierminister Fillon ergreifen sollten, wollen sie doch keinesfalls die Wählerschaft rund fünf Monate vor den Präsidentenwahlen und bereits vor dem eigentlichen Beginn des Wahlkampfes gegen sich aufbringen.

#### Wahlkampf

In den letzten Tagen hat dieser Wahlkampf an Fahrt aufgenommen. Noch während des G20-Gipfeltreffens in Cannes war Präsident

offen, wie Hollande, sollte er gewählt werden, von seinen Versprechen wieder auf einen „plan de rigueur“ umschalten kann.

Doch noch immer liegt François Hollande in den Umfragen deutlich vor Nicolas Sarkozy. Allerdings hatte noch vor einigen Monaten den Umfragen zufolge die Gefahr bestanden, daß Nicolas Sarkozy nicht einmal in den zweiten Wahlgang gekommen wäre, sondern nur Hollande und Marine Le Pen. Dies droht gegenwärtig den Umfragen zu Folge wohl nicht mehr.

#### Intentions du vote au premier tour

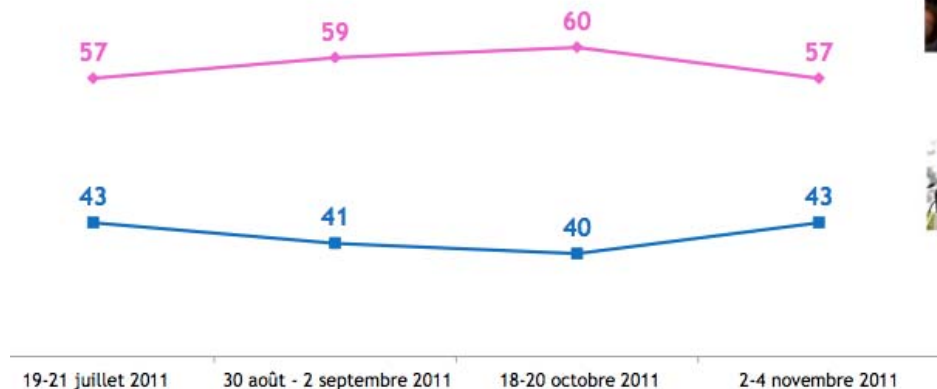
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NORBERT WAGNER

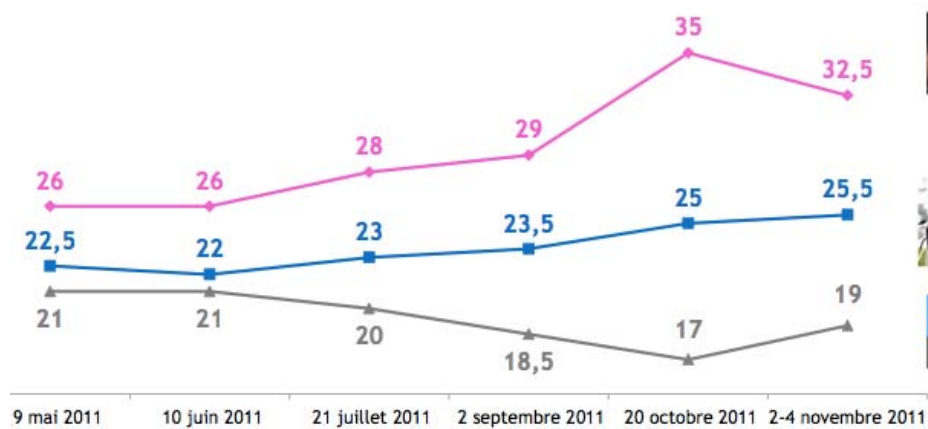
November 2011

[www.kas.de/frankreich](http://www.kas.de/frankreich)



Quelle: Ifop, Europe 1, Paris Match, 8 novembre 2011.

#### Intentions du vote au second tour



Nicolas Sarkozy hat offenbar durch den G20-Gipfel und seine Rolle bei der Lösung der Eurokrise an Statur und an Zustimmung gewonnen. Er liegt aber in den Umfragen noch immer hinter François Hollande zurück und würde nach heutigem Stand auch im zweiten Wahlgang verlieren.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NORBERT WAGNER

November 2011

[www.kas.de/frankreich](http://www.kas.de/frankreich)

Doch wird der Abstand zwischen den beiden nicht so groß bleiben. Sarkozy ist ein exzellenter Wahlkämpfer und verfügt über den Amtsbonus. Manche Wähler werden zögern, mitten in einer Krise den Präsidenten zu wechseln, der die Krise bisher recht gut gemeistert hat. Sarkozys Schwachpunkte sind die Perzeption, daß seine ersten Amtsjahre nicht sonderlich gelungen waren, die Zersplitterung seines politischen Lagers sowie die Gefahr, daß sich die Wirtschafts- und Finanzkrise noch verschärfen wird. Etwa der Verlust des „AAA-Status“ wäre ein Menetekel.

François Hollandes Stärke ist seine persönliche Ausstrahlung, die bei den Wählern offenbar gut ankommt. Er ist unverbraucht und verspricht den Wählern, was sie nur allzu gerne glauben, auch wenn es unrealistisch ist. Aber auch er ist der Kandidat eines zersplitterten und zerstrittenen Lagers. Offenbar gelingt es ihm nicht einmal, die PS unter seine Kontrolle zu bringen. Die Grünen (Eva Joly) und der PS streiten sich über die Zukunft der Nuklearenergie in Frankreich. Ein Kompromiß ist nicht in Sicht. Am 15. November einigte man sich zunächst einmal, den Grünen 15 gewinnbare Wahlkreise zu überlassen. Offen ist, wie er im zweiten Wahlgang die Kommunisten und die extreme Linke gewinnen will.

Der alles entscheidende Faktor wird die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Frankreich und Europa sein. Wem die französischen Wähler eher zutrauen, diese Herausforderungen zu meistern, der wird am 6. Mai 2012 zum Präsidenten der Republik gewählt werden.

Einiges spricht dafür, daß dies Nicolas Sarkozy sein wird.